

## Nach der „Rosenrevolution“

Edwin Czerwick / Gulbaat Rzchiladse

Auch wenn Georgien nur ein kleines Land mit ungefähr fünf Millionen Einwohnern ist, gerät es doch immer wieder in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit. Diese Aufmerksamkeit ergibt sich vor allem durch die strategische Position des Landes zwischen dem Kaspischen Meer und dem Schwarzen Meer. Georgien verbindet die Türkei mit ihrem regionalen Verbündeten Aserbaidschan und mit der energiereichen Kaspischen Region. Daneben bildet das Land eine Brücke zwischen den mit Aserbaidschan und der Türkei zerstrittenen Armenien und Russland. Außerdem verfügen die gegen Russland rebellierende Tschetschenische Republik sowie fast alle übrigen autonomen nordkaukasischen Republiken Russlands über eine einzige Außengrenze – nämlich über die mit Georgien. Weiterhin ermöglicht es die strategische Position Georgiens, dass wichtige Rohstoffe wie das Erdöl vom Kaspischen Meer zum Schwarzen Meer unter Umgehung russischen Territoriums durchgeleitet werden können. Außerdem bildet das Land eine Schnittstelle zwischen den christlichen und moslemischen Religionen. Das heutige Georgien befindet sich in einer multikonfessionellen (-religiösen) Region. In Kaukasien kommen vor allem das Christentum und der Islam in unmittelbare Berührung.

Insgesamt gesehen besitzt Georgien hinsichtlich seiner geographischen Lage eine Schlüsselposition in und für ganz Kaukasien, die nicht zuletzt für die Befriedung dieser politisch so konfliktreichen Region eine wichtige Bedeutung hat.

Unter diesen Voraussetzungen ist es besonders wichtig, dass die politischen Verhältnisse in Georgien selbst stabil sind. Davon konnte aber insbesondere in den ersten Jahren der Unabhängigkeit (seit 1992), die durch bürgerkriegsähnliche Zustände nach dem Sturz des ersten frei gewählten Präsidenten Gamsachurdia, die Abspaltung der Abchasischen und Süd-Ossetischen Autonomien und den wirtschaftlichen Ruin gekennzeichnet waren, kaum die Rede sein. Dem aus Moskau zurückgekehrten Eduard Schewardnadse gelang es jedoch nach und nach, die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Georgien wieder zu stabilisieren. Mit dem „Einfrieren“ der zwischenzeitlich aufgebrochenen Konflikte in Süd-Ossetien und Abchasien, der Niederschlagung des Aufstandes der Anhänger Gamsachurdias gegen Schewardnadse, beruhigte sich die innenpolitische Situation, zumal sich mit der Einführung einer neuen Währung auch eine wirtschaftliche Erholung des Landes abzeichnen begann.

Auch außenpolitisch gelang es Schewardnadse, das Land aus seiner isolierten Stellung herauszuführen. Durch den Beitritt zu den wichtigen internationalen Organisationen wie UNO, OSZE und Europarat gelang es ihm gleichzeitig, den russischen Einfluss auf Georgien zu vermindern, ohne ihn jedoch vollständig beseitigen zu können. Nicht nur unterhält Russland noch immer zwei Militärbasen in Georgien, sondern die Kaukasusrepublik ist auch wirtschaftlich von Russland abhän-

gig, das zudem den georgischen Energiemarkt kontrolliert. Unter diesen Voraussetzungen lag es nahe, dass alle Bemühungen, Georgien gegenüber westlichen, insbesondere amerikanischen Einflüssen und Interessen zu öffnen, auf das Misstrauen der politischen Eliten in Russland stoßen mussten, die befürchteten, ihren Einfluss auf diese Region zu verlieren. Dementsprechend wurde von russischer Seite immer wieder durch verschiedene Maßnahmen massiver politischer Druck auf die georgische Regierung ausgeübt, sich nicht zu eng mit den USA und den Westeneinzulassen. Vor allem die Absicht Schewardnadses, Georgien in die NATO zu führen, rief den politischen Widerstand Russlands hervor.

Die Interessen der USA in Georgien waren und sind sowohl politisch als auch wirtschaftlich motiviert. Politisch geht es vor allem darum, den russischen Einfluss in dieser Region zu begrenzen. Wirtschaftlich ist Georgien für die USA insbesondere als Transitland unter Umgehung russischen Territoriums für Öllieferungen von Aserbaidshan in die Türkei von Bedeutung. Das amerikanische Engagement in Georgien richtet sich einerseits auf finanzielle und militärische Hilfen. Andererseits ist man aber auch bestrebt, die zivilgesellschaftlichen Strukturen in Georgien zu stärken. Besondere Erwähnung verdienen hier vor allem die amerikanische Unterstützung der politischen Aktivitäten so genannter Non Governmental Organizations (NGO) sowie die Finanzierung des überaus populären Fernsehsenders „Rustawi 2“, die amerikanischen Interessen berücksichtigen.

### Die politische Ausgangslage

Kennzeichnend für die politische Situation Georgiens vor den Parlamentswahlen war ein dramatischer wirtschaftlicher Niedergang, der zur Verarmung breiter Bevölkerungskreise führte, eine extrem hohe Außenverschuldung sowie ein ho-

hes Maß an Korruption, die sich nahezu ungehindert ausbreiten konnte, weil ein Großteil der regierenden politischen Eliten unmittelbar darin involviert war. Die wirtschaftliche Situation verschlechterte sich von Monat zu Monat. Eine der wichtigsten Ursachen dafür war die Strategie Schewardnadses, der nach den anfänglichen Erfolgen seiner Politik später die Korruption tolerierte. Ihm ist es nicht gelungen, eine politisch und wirtschaftlich kompetente Regierungsmannschaft zu schaffen, die die Reformen konsequent hätte vorantreiben können. Stattdessen begnügte er sich mit der Ausbalancierung zwischen den verschiedensten politischen Kräften. Dabei suchte er gleichzeitig die politische Unterstützung der USA, für die er sich als unersetzlich wähnte. Von den Parlamentswahlen im November erhoffte sich die Bevölkerung einen politischen Neuanfang. Dennoch war aufgrund der skeptischen Einstellung eines erheblichen Teils der Bevölkerung gegenüber den in den Intrigen verstrickten politischen Parteien und der Zersplitterung der oppositionellen Kräfte nicht klar, ob es den Oppositionsparteien gelingen würde, sich als eine schlagkräftige politische Einheit gegenüber Schewardnadse und den von ihm unterstützten Wahlverein „Für ein Neues Georgien“ durchzusetzen.

Kennzeichnend für die politische Situation vor den Parlamentswahlen war aber auch die Diskussion über ein Wahlgesetz, das demokratische Wahlen sicherstellen sollte. Der Mangel an demokratischen Traditionen hat in den vorangegangenen Wahlen immer wieder Zweifel am korrekten Ablauf der Stimmenauszählung hervorgerufen. Von daher musste das bislang existierende Wahlgesetz geändert werden. Nach langwierigen Verhandlungen, in die sich der frühere amerikanische Außenminister Baker als Vermittler eingeschaltet hat, und durch politischen Druck seitens der OSZE konnte eine

Wahlkommission gebildet werden, bei der keine der großen politischen Gruppierungen benachteiligt war.

### Die „Rosenrevolution“

Trotz des neuen Wahlgesetzes kam es bei den Parlamentswahlen zu Unregelmäßigkeiten, die das Wahlergebnis verfälschten. Etwa 23 Prozent der Wähler waren in die Wahllisten nicht eingetragen, viele Leute mussten deshalb in den langen Warteschlangen umsonst ausharren. Dennoch lag die Wahlbeteiligung bei über siebenzig Prozent. Das Wahlergebnis haben die Oppositionsparteien von Michail Saakaschwili („Neue Nationale Bewegung“) und die mit ihm verbündeten Parlamentsvorsitzende Nino Burdjanadse und Ex-Parlamentsvorsitzende Surab Zhwania („Vereinigte Demokraten“) zum Anlass genommen, die Bevölkerung zum „nationalen Ungehorsam“ und zu Protesten aufzurufen. Dabei unterstellten sie, dass diejenigen Wähler, die ihre Stimmen nicht abgeben konnten, für diesen Teil der Opposition gestimmt hätten.

Die Wahlergebnisse vom 2. November sind folgendermaßen ausgefallen: Das von Schewardnadse unterstützte Parteienbündnis „Für Neues Georgien“ gewann zirka 23 Prozent der Stimmen, dicht gefolgt von der oppositionellen (in der Adjarischen Autonomie jedoch regierenden) Partei des „Wiederaufbau“ des dortigen Staatsoberhauptes Aslan Abaschidse. Die drittstärkste politische Kraft wurde die von Saakaschwili geführte „Neue nationale Bewegung“ mit knapp unter zwanzig Prozent der Stimmen, während die Arbeiterpartei 12,5 Prozent erreichte und die „Vereinigten Demokraten“ von Zhvania-Burdjanadse und die „Neuen Rechten“ die siebenprozentige Hürde knapp überwunden haben.

Mit diesem Wahlergebnis konnten und wollten sich die Führer der Oppositionsparteien nicht zufrieden geben. Unter den Blicken der internationalen Öff-

fentlichkeit und mithilfe internationaler, nicht zuletzt auch amerikanischer Unterstützung mobilisierten Saakaschwili, Burdjanadse und Zhwania, die eine enge politische Zusammenarbeit beschlossen hatten, ihre Anhänger in Tbilissi zu umfangreichen Protestaktionen gegen das Wahlergebnis. Nachdem aber ihre Forderungen nach einer Wiederholung der Wahlen von Schewardnadse und hohen Regierungsvertretern abgelehnt wurden, richtete sich der Protest der Opposition gegen Schewardnadse selbst, der zum sofortigen Rücktritt aufgefordert wurde. Obwohl dieser um Hilfe bei seinem politischen Rivalen Abaschidse nachsuchte, die dieser dann auch gewährte, musste er nach weiteren massiven Protesten zurücktreten. Sein Sturz war ein herausragendes Beispiel politischer Inszenierungskunst. Unter den Augen der nationalen und internationalen Medien stürmten die Anhänger der Opposition das Parlament und zwangen Schewardnadse, der gerade dabei war, die neue Legislaturperiode zu eröffnen, zur Flucht.

Entscheidend für den darauf folgenden Rücktritt Schewardnadses aber war, dass er auf die anfangs recht schwachen und nicht zahlreichen Proteste der Opposition nicht reagierte. Dieser gelang es deshalb, nicht zuletzt mit erheblicher Unterstützung des Fernsehsenders „Rustawi 2“ und anderer von ihr kontrollierten Medien, den Widerstand gegen das Wahlergebnis „auf die Straße“ zu tragen. Gleichzeitig hat man auf die Berichterstattung des Staatsfernsehens Einfluss genommen. Die Folge davon war, dass ihm große Teile der Ordnungs- und Sicherheitskräfte die Gefolgschaft verweigert haben (allerdings hat Schewardnadse auch nicht den Befehl gegeben, gegen die Opposition Gewalt anzuwenden). Der Staatspräsident war damit sowohl innen- als auch außenpolitisch isoliert. Der einzige Ausweg, der ihm blieb, bestand darin, einen politischen Abgang zu finden,

der seine persönliche Integrität nicht beschädigte, gleichzeitig aber auch einen neuen Bürgerkrieg ausschloss. Das wurde ihm, nicht zuletzt dank den Vermittlungsbemühungen des nach Tbilissi geeilten russischen Außenministers, Igor Ivanow, auch gewährt. Schewardnadse selbst hat für seinen Sturz vor allem den amerikanischen Botschafter in Georgien, Richard Miles, sowie den amerikanischen Multi-Milliardär George Soros, der die Oppositionsparteien finanziell unterstützt hat, verantwortlich gemacht.

### Nach dem Sturz Schewardnadses

Nach dem Sturz Schewardnadses wurde in Georgien die Macht von dem so genannten „Triumvirat“ oder „Troika“, bestehend aus Saakaschwili, Burdjanadse und Zhwania, übernommen. Sie einigten sich auf eine enge politische Zusammenarbeit, wobei Saakaschwili in Zukunft das Amt des Präsidenten, Zhwania das Amt des Ministerpräsidenten und Burdjanadse das Amt der Parlamentspräsidentin übernehmen sollte. Bis zu den Präsidentschaftswahlen, die laut georgischer Verfassung innerhalb von 45 Tagen nach dem Rücktritt des Präsidenten stattfinden müssen, hat, ebenfalls gemäß der Verfassung, die amtierende Parlamentspräsidentin provisorisch das Präsidentenamt bekleidet. Zhwania übernahm das Amt des zurückgetretenen Staatsministers Awtandil Dzorbenadse, während sich Saakaschwili auf den bevorstehenden Präsidentschaftswahlkampf vorbereitete, wobei er sich, wie dies seine öffentlichen Auftritte zeigen, schon als neuer Präsident sah. Allerdings bestand die Gefahr, dass bei der anstehenden Präsidentenwahl die Wahlbeteiligung unter der 50-Prozent-Marke liegen könnte, was die Wahl ungültig gemacht hätte. Diese Gefahr war umso größer, als Abaschidse, der das Vorgehen des „Triumvirats“ für ungesetzlich hielt, für Adscharien einen Wahlboykott verkündet und gleichzeitig

den Ausnahmezustand ausgerufen hatte. Von daher wurde die Bevölkerung immer wieder darauf hingewiesen, wie wichtig es für die politische Zukunft des Landes sei, zur Wahl zu gehen. Parallel zu diesen Aufrufen verhandelte die neue georgische Führung auch mit Abaschidse, den sie kurz vor dem Wahltermin dazu bewegen konnte, den Wahlboykott zurückzunehmen. Maßgeblichen Anteil an diesem Gesinnungswechsel dürfte auch hier der amerikanische Botschafter in Georgien gehabt haben, der sich in mehreren Gesprächen darum bemüht hat, das adscharische Staatsoberhaupt von seinem Wahlboykott abzubringen.

Mit der westlichen Unterstützung wurden die Präsidentschaftswahlen für den 4. Januar 2004 vorbereitet. Dabei war von Anfang an klar, dass Saakaschwili keine ernsthafte Konkurrenz befürchten musste, zumal wichtige Parteien, wie zum Beispiel die Arbeiterpartei, die Wiederaufbaupartei, die Partei der Industriellen, die Neuen Rechten, ihren Boykott angekündigt hatten. Zur Sicherstellung einwandfreier Wahlen wurde eine neue Zentrale Wahlkommission gebildet, nachdem die Mitglieder der alten Kommission unter dem Druck der neuen Machthaber zurückgetreten sind. Die acht neuen Mitglieder wurden von Burdjanadse in Absprache mit Saakaschwili und Zhwania ernannt. Nun hatte das „Triumvirat“ eine absolute Mehrheit in der Wahlkommission. Die neue Kommission beschloss, in relativ kurzer Zeit neue Wahllisten zu erstellen. Diese Aufgabe konnte von der Wahlkommission nur zum Teil und durch „flexible“ Anpassungen an die nicht immer sehr enthusiastische Bereitschaft der Wahlbürger, sich registrieren zu lassen, erfüllt werden. Von daher war zu befürchten, dass auch diese Wahlen den Ansprüchen demokratischer Wahlen nicht würden genügen können.

Trotz solcher undemokratischer Einschränkungen wurden die Wahlen aber

sowohl von den von der GUS (etwa 200) als auch von der OSZE (etwa 450) entsendeten Beobachtern als insgesamt positiv und als wichtiger Fortschritt für die weitere demokratische Entwicklung in Georgien gewertet. Im Gegensatz dazu hat die Arbeiterpartei angekündigt, rechtliche Schritte gegen das ihrer Meinung nach manipulierte Wahlergebnis einzuleiten. Die Wahl selbst konnte Saakaschwili mit über 95 Prozent der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von über achtzig Prozent der wahlberechtigten Bürger klar für sich entscheiden. Der in seiner Höhe kaum zu übertreffende Wahlsieg lässt erkennen, dass die gesamte Bevölkerung hohe politische Erwartungen in Saakaschwili setzt, die er angesichts der Probleme, mit denen das Land konfrontiert ist, aber kaum erfüllen kann. Insofern erinnert diese Wahl auch an die des ersten frei gewählten georgischen Präsidenten Gamsachurdia. Ob aber Saakaschwili das gleiche politische Schicksal wie diesem zuteil werden wird, dürfte eher fraglich sein, weil vor allem die USA inzwischen ein größeres Interesse an stabilen politischen Verhältnissen in Georgien haben, nachdem die Ölpipeline von Baku über Tbilisi nach Ceyhan fast fertiggestellt ist und in absehbarer Zeit in Betrieb gehen kann. Von daher haben die USA die Wahl Saakaschwilis, dessen Wahlkampf sie finanziell unterstützt haben, ausdrücklich begrüßt und weitere finanzielle Hilfen für seine Politik versprochen. Im Gegensatz dazu haben sich hochrangige russische Politiker deutlich zurückhaltender über Saakaschwilis Wahlsieg geäußert.

Wie auch immer man das Wahlergebnis aber interpretieren mag, in jedem Fall ist die zukünftige politische Entwicklung Georgiens zunächst einmal eng mit der Person Saakaschwilis verbunden, der es verstanden hat, mit populistischen Lösungen breiten Zuspruch bei den unteren Schichten der Gesellschaft zu finden (im

Unterschied zu Zhwania und Burdjanadse, die mehrheitlich von den Linksinstrukturen unterstützt werden). Außer vagen Versprechungen hat er aber noch keine konkreten politischen Lösungskonzepte vorgelegt. Seine nächsten politischen Maßnahmen werden zeigen, ob es ihm gelingen wird, Lösungen für die schwierigen Probleme des Landes zu finden. Zu diesen Problemen gehören unter anderem die prekäre außenpolitische Souveränität gegenüber Russland, das nur sehr bedingt nach innen wirksame staatliche Gewaltmonopol, die von Russland unterstützten Abspaltungen von Abchasien und Süd-Ossetien vom georgischen Staatsverband, das Flüchtlingsproblem, die sehr problematische Wirtschaftssituation, die zu einer Abwanderung sowie zu einer Verarmung breiter Bevölkerungskreise geführt hat, die Abhängigkeit vom Internationalen Währungsfonds. Hinzu kommt aber noch, dass eine Reihe wichtiger zivilgesellschaftlicher Voraussetzungen von Demokratie, wie zum Beispiel ein entwickeltes Parteien- und Verbändesystem, ebenso fehlt wie eine ausgeprägte bürgerliche Mittelschicht und ein bürgerschaftliches Engagement, das zur Ausbildung eines für die demokratische Entwicklung so wichtigen sozialen Kapitals notwendig ist. Stattdessen bestehen patrimonial-klientelistische Strukturen, die mit einem hohen Ausmaß von Staat und Gesellschaft durchziehender Korruption verbunden sind. Vor dem Hintergrund all dieser Probleme erscheint es deshalb als unwahrscheinlich, dass sich die politischen Verhältnisse in Georgien in absehbarer Zukunft einschneidend verbessern werden, selbst wenn die westlichen Staaten sich politisch und finanziell intensiver als bisher engagieren sollten. Aber selbst dafür gibt es, sieht man einmal von den USA ab, derzeit noch keine optimistisch stimmenden Anhaltspunkte.